

Vom Nachbarn lernen – mit Berufsbildung gegen Ausländerhaß und Rechtsextremismus

S. Oliver Lübke

*Referatsleiter für Berufliche
Bildung beim DGB-Bun-
desvorstand*

Bei der Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Gewalt ist die Ausbildungspraxis in Betrieben und berufsbildenden Schulen wichtiger denn je. Die Praxis zeigt, daß in Betrieb und Berufsschule viel zur Verständigung von ausländischen und deutschen Jugendlichen getan werden kann. Die Integration ausländischer Jugendlicher in anerkannten Ausbildungsberufen ist daher weiter zu fördern und zu erleichtern. Die nachfolgend dargestellten Beispiele gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen Ausländerhaß und Rechtsextremismus sind zum Bestandteil der täglichen gewerkschaftlichen Arbeit geworden. Sie sollen Mut machen, weitere Initiativen zu ergreifen und in Betrieb und Alltag gleichzeitig das europäische Bewußtsein zu stärken.

Herausforderung an die Verantwortlichen in der beruflichen Bildung

Haß und Gewalt gegen Ausländer, Juden und andere Minderheiten sind in Deutschland in den letzten Jahren fast alltäglich geworden. Junge Menschen, darunter auch Auszubildende, sind an Gewaltaktionen bis hin zu Mord beteiligt. Dies macht erschreckend deutlich, daß der Kampf gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit auch eine Sache der Berufsbildung und der Berufsbildungspolitik ist.

Ein wichtiges gesellschaftliches Umfeld ist die Ausbildungspraxis in Betrieben und berufsbildenden Schulen. Es stellt sich die Frage, ob Betrieb und Berufsschule tatsächlich ihrem umfassenden gesellschaftspolitischen Bildungsauftrag gerecht werden und einen wirksamen Beitrag zur Heranbildung mündiger Demokraten leisten. Zum Bildungsauftrag von Betrieb und Berufsschule gehört es, – als integraler Bestandteil der Ausbildung – das Verständnis gegenüber Minderheiten, Andersdenkenden oder Ausländern zu fördern. Die Betriebe und Berufsschulen haben im Rahmen ihres Bildungsauftrages die Vermittlung sozialer Handlungskompetenz, dazu gehört auch, humanes und soziales Lernen bei der Festlegung und Umsetzung der betrieblichen Ausbildungs- bzw. schulischen Lehrpläne zu berücksichtigen. Bund und Länder sind dazu aufgefordert, für das Ausbildungspersonal an beiden Lernorten entsprechende Hilfen zur Verfügung zu stellen.

Die deutsche Einheit hat offenbar viel Orientierungslosigkeit gerade bei Jugendlichen hervorgerufen. Die soziale Polarisierung in Deutschland hat sich verschärft. Vor allem Jugendliche artikulieren dies in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und Medien deutlich. Hoffnungen sind geweckt worden, die mittlerweile vielerorts in tiefe Enttäuschung umgeschlagen sind. Auch hier trägt die Berufsbildungspolitik Verantwortung. Die Art und Weise, wie das duale System westdeutscher Prägung nach Osten übertragen wurde, wird von Jugendlichen, von Ausbildern/Ausbilderinnen und Lehrern in den neuen Ländern eher als Verschlechterung ih-

rer Lage empfunden. Auf manches, was auch eine Bereicherung der Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland hätte sein können, so z. B. die Berufsausbildung mit Abitur oder das System der Ausbilderqualifikation, wurde ohne Not verzichtet. Fehlende Ausbildungsmöglichkeiten und Jugendarbeitslosigkeit sind ein völlig neues Phänomen für die meisten Schulabgänger in Ostdeutschland. Auch dies hat mit zu einem Klima der Aggressivität, wo nach vermeintlichen „Sündenböcken“ gesucht wird, beigetragen, und die „Lust“, seiner Wut und Enttäuschung freien Lauf zu lassen, wächst. Auch in dieser Hinsicht ist die Bundesregierung aufgefordert, nachhaltig geenzusteuern.

In Betrieb und Berufsschule kann viel zur Verständigung zwischen ausländischen und deutschen Auszubildenden getan werden kann. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es wichtig, die gemeinsame Ausbildung von ausländischen und deutschen Jugendlichen zu fördern und zu erleichtern. Zu einem bildungspolitischen Programm gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus gehört aber auch die Integration aller ausländischen Jugendlichen in anerkannten Ausbildungsberufen. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse entsprechender Modellversuche.

Die Gewerkschaften haben ihre Bereitschaft erklärt, mit den Arbeitgebern und der Bundesregierung Vereinbarungen zu treffen, um Aufklärung – wie gegensteuerndes Handeln auf betrieblicher Ebene – umfassend zu sichern und demokratische Positionen in der Ausbildungspraxis stärker als bisher zur Geltung zu bringen.

Ist diese gewerkschaftliche Position auch nicht neu, so ist entgegen der ersten Reaktion von Arbeitgeberseite in 1992 zwischenzeitlich Kooperationsbereitschaft deutlich geworden, wohl auch, weil die Einsicht eingekehrt ist, daß Berufsbildung ihren Beitrag gegen Ausländerhaß und Rechtsextremismus leisten muß.

Gewerkschaftliche Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt

So notwendig und sinnvoll Lichterketten oder die seit 1985 laufende Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an“ sind, sie allein reichen nicht aus, Ausländerhaß und Rechtsradikalismus in der beruflichen Bildung gemeinsam mit Jugendlichen zu bekämpfen. Inzwischen hat sich eine Vielzahl von Initiativen gebildet, die hier nicht alle vorgestellt werden können. Die dargestellten Initiativen sind exemplarisch genannt und sollen Mut machen, im Betrieb und im Alltag gegen Ausländerhaß und Rechtsradikalismus vorzugehen. Bis 1993 wurden über 50 Projekte und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus vom DGB-Bundesvorstand dokumentiert¹ und Unterstützung für weitere Aktionen angeboten. Die hier skizzierten Initiativen haben bei der Auswahl keinem spezifischen Kriterienkatalog unterlegen.

Beispiel 1: „Zusammen arbeiten, zusammen leben und zusammen lernen mit Ausländern“

Die gemeinsame Aktion von IG Metall und Arbeitgeberverband Gesamtmetall „Zusammen leben – zusammen arbeiten – zusammen lernen mit Ausländern“ (vgl. Beitrag, S. 28) war aus der Tatsache heraus entstanden, daß die deutsche Metall- und Elektroindustrie schon seit Jahrzehnten nahezu eine halbe Million Ausländer beschäftigt und diese ausländischen Kollegen gemeinsam mit deutschen Kollegen Hand in Hand arbeiten. Deshalb haben IG Metall und Gesamtmetall einen Leitfaden in Form einer Handreichung erarbeitet, damit Auszubildende in der Metall- und Elektroindustrie schon während der Berufsausbildung ausländische Kollegen und ihre Probleme besser verstehen lernen. Gleichzeitig wurde mit diesem Leitfaden eine Hilfe und Orientierung für die betriebli-

chen Ausbilder und Ausbilderinnen gegeben. Aber auch Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertretung, kurz alle Multiplikatoren der Berufsausbildung in der Metall- und Elektrowirtschaft, wurden angesprochen. Damit soll die Erziehung zur Toleranz gegenüber Minderheiten unterstützt, für eine gewaltfreie Konfliktaustragung plädiert und zugleich für mehr Verständnis gegenüber Zugewanderten eingetreten werden.

Auf der Suche nach einem angemessenen und offensiven Umgang zur Überwindung rassistischer und gewalttätiger Tendenzen unter Jugendlichen kommt der Aufklärung eine besondere Bedeutung zu, wobei Ausbildungspraktiker wissen, daß Aufklärungsstrategien und Verständigungsappelle, die ausschließlich nur „über den Kopf gehen“, einen begrenzten Wert haben. Deshalb stellte sich beim Einsatz der vorgelegten Konzepte die Frage, wie geeignete Aktionen im Betrieb gefunden werden können, um das Erlernte auch aktiv umzusetzen.

Im Sinne einer beispielhaften Darstellung von Handlungsmöglichkeiten auf der betrieblichen Ebene sind zu nennen:

- in Betriebszeitungen oder auf Jugend- und Ausbildungsversammlungen über die Unterschiede in kulturellen und sozialen Lebensformen zu informieren;
- eine ausreichende Berücksichtigung von ausländischen Jugendlichen bei der Einstellung in den Metall- und Elektroberufen;
- eine Aktion „saubere Wände“, die darauf abzielt, ausländerfeindliche Parolen aus dem Betrieb zu verbannen;
- die Übernahme von Patenschaften von Flüchtlings- und Ausländerwohnheimen;
- der Bau eines Mahnmals aus Metall als Projekt im Rahmen der Fachausbildung und anderes mehr.

Beispiel 2: Aktion der Gewerkschaftsjugend und der Jugendzeitung „ran“

Mit der Aktion der Gewerkschaftsjugend und der Jugendzeitung „ran“ wurde gleichzeitig

die Aufforderung erhoben, sich auf eine kontroverse Diskussion einzulassen zu einer Zeit, in der über Rechtsextremismus ohne Bezugnahme auf wahlpolitische Erfolge nachgedacht werden kann. Und deshalb, so die Initiatoren, war es notwendig, nicht nur eine Analyse des Rechtsextremismus zu erstellen, sondern gleichzeitig auch ein Didaktikkonzept für Lehrer und theoretische und praktische Orientierungshilfen für die Jugendbildungsarbeit im Zusammenhang mit einem Handbuch herauszugeben. Das Handbuch ist gleichzeitig eine Zusammenfassung von Materialien zur Auseinandersetzung mit den Ursachen; es wurde von WILHELM HEITMEYER, Fachhochschule Bielefeld, erarbeitet.²

Beispiel 3: „Vielfalt statt Einheit“

Mit dieser Landesaktion in Mecklenburg-Vorpommern gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sollte das Verständnis zwischen Ausländern und uns aber auch uns und Ausländern gestärkt werden. Hierin waren auch einzelne Aktionen in Schule und Berufsbildung eingebettet, z. B. durch das Theaterstück „Grenzwall“ oder auch die Aufarbeitung des Themas Jugend, Gewalt und Rechtsradikalismus im Rahmen eines Spielfilmes „Kahlschlag“ in Ausbildungsbetrieben und Schulen.

Beispiel 4: Das Anti-Gewalt-Projekt der PCK AG Schwedt³

Das Anti-Gewalt-Projekt ist seit 1993 Bestandteil der Ausbildung bei der PCK AG Schwedt und wird durch die Industriengewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, die Hans-Böckler-Stiftung, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Frauen sowie die Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg finanziell gefördert. In mehrtägigen Seminaren lernen die Jugendlichen auf eigene und andere Wünsche, Gefühle und Vor-

stellungen einzugehen. Das Projekt soll hier nicht im einzelnen dargestellt werden, doch die positiven Erfahrungen lassen sich am besten durch die Aussage eines Jugendlichen darstellen: „Das hier Erlebte ist schwer zu erklären, man muß es halt einfach machen.“

Beispiel 5: Niederländisch-Deutscher Dialog

Die Stiftung Niederländisch-Deutscher Dialog hat sich zum Ziel gesetzt, Niederländer und Deutsche über gesellschaftliche, soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen in beiden Ländern zu unterrichten, gegenseitige Vorurteile abzubauen und gleichzeitig die Verständigung zu verbessern. 1995 wurden insbesondere bildungs- und berufsbildungspolitische Themen aufgegriffen, um Multiplikatoren im Bereich der beruflichen Bildung im Sinne des Stiftungszieles zu erreichen. Nach dem Motto „Annäherung durch Kontakt“ will die Stiftung ihr Ziel durch Initiierung von Begegnungen von Niederländern und Deutschen erreichen.

Beispiel 6: ÖTV-Jugend: Voneinander lernen

Ein erstes deutsch-türkisches Jugendseminar wurde im September 1994 in Yalova/Türkei durchgeführt. Die Initiative wurde bereits im Oktober 1993 zwischen der damaligen ÖTV-Vorsitzenden, Wulf-Mathies, und Izzet Cetin, Generalsekretär der türkischen Gewerkschaft der Zivilbeschäftigten, vereinbart. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Fragen wie „Was beschäftigt die Gewerkschafter in der Türkei und Deutschland?“ oder „Was ist aus der Geschichte der Arbeiterbewegung beider Länder zu lernen?“ Das Thema Rassismus war sicherlich für beide Seiten das wichtigste Thema. Die deutschen Kolleginnen und Kollegen berichteten über die Asyldebatte, die Situation der Kurden in Deutschland, das jüngste neofaschistische Geschehen in

Deutschland wie zum Beispiel die Morde in Solingen. Die türkischen Kollegen diskutierten über die Kurdenfrage, die PKK, die kurdischen Kommunisten und wie ihr Land mit diesen Menschen umgeht. Ein Fazit der Teilnehmer: Gewalt ist zu verabscheuen, nur auf demokratischem Weg können Probleme gelöst werden. Beide Seiten sahen auch den Bedarf, globale Probleme über die Grenzen hinaus gemeinsam zu klären und auch dafür zu kämpfen.

Beispiel 7: Projekte „Horizonte“

Ziel dieses im Mai 1993 begonnenen Projektes ist der Abbau von Fremdenfeindlichkeit beim Übergang ausländischer Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt durch die Schaffung und Förderung interkultureller Begegnungen. In der ersten bereits abgeschlossenen Projektphase wurde zunächst untersucht, warum ausländische Jugendliche in den kaufmännischen Ausbildungsberufen der zukunftsträchtigen Dienstleistungsbranche so stark unterrepräsentiert sind.

Befragt wurden hierzu Personal-/Ausbildungsleiter, Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertreter verschiedener Unternehmen sowie ausländische Jugendliche an Realschulen, Gymnasien und Handelsschulen. Deutlich wurde, daß sowohl auf seiten der Unternehmen wie auch auf seiten der ausländischen Jugendlichen subtile und zum Teil unbewußte Vorurteilsstrukturen bestehen, die dazu führen, daß es trotz formaler Gleichbehandlung aller Bewerber und Bewerberinnen um Ausbildungsplätze im kaufmännischen Bereich zu einer realen Ungleichbehandlung von ausländischen Jugendlichen aufgrund ihrer Herkunft kommt. In einem zweiten Projektschritt wurden Begegnungen aller am Berufsfindungsprozeß Beteiligten initiiert. Diese Begegnungen sollten eine Überprüfung der Vorurteile auf allen Seiten möglich machen. Dazu wurde eine sog. berufskundliche Projektwoche durchge-

führt, die gemeinsam mit Schülern einer Hamburger Schule sowie Personal-/Ausbildungsleitern, Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretern der beteiligten Unternehmen vorbereitet wurde.

Beispiel 8: Europäische Gewerkschaftsjugend gegen Rassismus

Im Zusammenhang mit dem UN-Tag gegen Rassismus hat es eine Fülle von Aktionen der Gewerkschaftsjugend im Europäischen Gewerkschaftsbund gegeben: Informationsveranstaltungen, Gespräche in Schulen und Betrieben, Filmvorführungen und das gemeinsame Übersprayen von rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen an Wänden in Betrieben, Schulen und in der Öffentlichkeit generell. Betriebsräte und Jugendvertretungen setzten die Freistellung der Auszubildenden durch, um sich an diesen Aktionen zu beteiligen.

Beispiel 9: Projekte im Rahmen Europäischer Programme

Aktionsprogramme zur beruflichen Bildung der Europäischen Kommission. Hier ist an erster Stelle das PETRA-Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft von 1988 für die Berufsbildung Jugendlicher und ihrer Vorbereitung auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben zu nennen. Nicht nur mit den Austauschmaßnahmen, sondern auch mit den nahezu 100 Projekten der Bundesrepublik Deutschland wurde seither nicht nur ein Beitrag zur Attraktivitätsverbesserung der beruflichen Bildung geleistet, sondern in vielen Einzelfällen auch konkret gegen Ausländerhaß und Rechtsextremismus angegangen. Deshalb hat das PETRA-Programm in zweifacher Hinsicht seinen Auftrag erfüllt. Die Europäische Kommission hat angekündigt, Projekte der beruflichen Bildung, die ihren Beitrag zu mehr Verständigung leisten, verstärkt zu fördern.

Alltagssituation junger Ausländer auch durch Ausländerhaß gekennzeichnet

Positive Beispiele können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß häufig die Alltagssituation junger Ausländer noch immer durch Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gekennzeichnet ist. Als negatives Beispiel ist das Schicksal eines jungen Türken zu nennen, der nach dem Wechseln der Kolonne im Rahmen seines betrieblichen Ausbildungsplanes von den beiden Vorarbeitern so gestriekt wurde, bis hin zu Feuerwerkskörpern, die ihm an den Körper gelegt wurden, daß er sich an den Schlichtungsausschuß der zuständigen Stelle wandte. Die Schlichtungsverhandlung zeigte deutlich, daß auch bei dem Betriebsinhaber weder Bewußtsein noch Wille zur Änderung der Situation gegeben war. Die beiden alternierenden Vorsitzenden von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite des Schlichtungsausschusses beendeten dieses Martyrium, das in seinen Fakten gar nicht bestritten wurde, mit sofortiger Beendigung des Ausbildungsverhältnisses. Gemeinsam mit zuständiger Stelle und Arbeitsamt gelang es innerhalb einer Woche, eine andere Ausbildungsstelle für diesen jungen Türken zu finden, damit er seine Ausbildung qualifiziert fortsetzen kann und human in Deutschland leben kann.

Es ist aber auch zu bedauern, daß es nicht gelungen ist, im Rahmen der Weiterqualifizierung von Ausbildern und Lehrern im Rahmen des FORCE-Programms ein europäisches Projekt in Gang zu setzen, das übergreifende Hilfestellung für das Ausbildungspersonal leistet, um gemeinsam Ausländerhaß und Rechtsradikalismus in Europa zu bekämpfen.

Die in diesem Jahr begonnenen Beratungen über Projekte im Rahmen des LEONARDO-Programms machen erfreulicherweise deutlich, daß mehr und mehr Projekte sich dieser Thematik widmen wollen.

BDA und DGB: Gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit

Mit gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen in Betrieben und Verwaltungen haben Arbeitgeber und Gewerkschaften begonnen, sich gemeinsam im Herbst 1994 gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine Gesellschaft des toleranten Miteinanders engagiert. Das vom Bundesjugendministerium finanziell getragene Projekt steht unter dem Motto „Zusammenleben mit Ausländern – gemeinsam geht's besser“.

Wir müssen lernen, daß eine multikulturelle Gesellschaft kein Friede-Freude-Eierkuchen-Happening ist, sondern von uns allen etwas Wichtiges abfordert: Toleranz und Zivilcourage. Es gilt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland zu verändern, um ein friedliches Miteinander von Deutschen und Ausländern zu ermöglichen. Eine wesentliche Aufgabe fällt dabei den Politikern zu, denn eine Vielzahl von politischen Initiativen ist inzwischen überfällig: Notwendig ist ein Einwanderungsgesetz, das die Integration von Ausländern in Deutschland verläßlich regelt, ebenso wie ein Antidiskriminierungs-Gesetz, damit die gesetzlich verbrieften Grundrechte dieser Menschen auch tatsächlich realisiert werden. Erforderlich sind aber auch eine erleichterte Einbürgerung sowie die Schaffung des kommunalen Wahlrechts für bereits seit längerem hier lebende Ausländer und Ausländerinnen. Abschottung gegenüber Einwanderern ist keine Lösung.

Keinesfalls darf man abwarten, daß die Gewaltwelle gegen Fremde in Deutschland von alleine und auf Dauer abebbt. Notwendig ist vielmehr ein gesellschaftlicher Konsens: Verständigung statt Schweigen, Verständnis statt Kopfschütteln, Toleranz statt Ablehnung. Diesen Konsens zu schaffen, dazu ist jeder aufgerufen – egal ob jung oder alt, egal von welcher Partei, Religion oder sonstigen An-

schauung. Deshalb müssen die Handlungen für Toleranz und Verständigung in den Betrieben weiter verstärkt werden.

Europäisches Bewußtsein muß zunehmen!

Letztlich: Darüber hinaus ist auch festzuhalten, daß das europäische Bewußtsein zunehmen muß, auch um Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen. Betriebe und (Berufs-)Schulen haben im Rahmen ihres Bildungsauftrages die Vermittlung sozialer Handlungskompetenzen zu leisten. Dazu gehört auch humanes und soziales Lernen bei der Festlegung und Umsetzung der betrieblichen ausbildungs- bzw. schulischen Rahmenlehrpläne zu berücksichtigen. Die allgemeine Praxis zeigt, daß in Betrieb und Berufsschule viel zur Verständigung zwischen ausländischen und deutschen Arbeitnehmern getan werden kann. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es wichtig, die gemeinsame Ausbildung von ausländischen und deutschen Jugendlichen zu fördern und zu erleichtern.

Von dem Ziel in Deutschland und in Europa qualifizierte berufliche Ausbildung für alle zu sichern, sind wir noch weit entfernt. Sowohl in den Leitlinien des DGB zur beruflichen Bildung in Europa als auch in der gemeinsamen Stellungnahme zum Memorandum der Europäischen Kommission über die Berufsbildungspolitik für die 90er Jahre⁴ wird deutlich, daß die Diskrepanz zwischen Zielsetzung und Realität noch nicht geschlossen ist, wobei der beruflichen Bildung auf dem Weg zu einem sozialen Europa eine wachsende Bedeutung zukommt. Die von allen Seiten geforderte Verknüpfung der Berufsbildungspolitik mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union kann nicht bedeuten, sie nur als Mittel zur Verbesserung des Wettbewerbs zu sehen. Der eigenständige Wert von Bildung und die Aufnahme des Kapitels über allgemeine und berufliche

Bildung in den Vertrag über die Europäische Union verpflichtet, Bildung und Berufsbildung an den Interessen der Menschen zu orientieren und weiterzuentwickeln.

Die Existenz der Europäischen Union hat zur Wahrung des Friedens zwischen unseren Ländern beigetragen. Wir sind aufgerufen, die Möglichkeiten der Union zu nutzen, um den Frieden in unseren Ländern zu wahren, in denen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein bedeutendes Gefahrenpotential ausmachen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat im Dezember 1994 vom Essener Gipfel u. a. die Verabschiedung eines Aktionsprogramms zur Förderung von Toleranz und Solidarität allen in der Europäischen Union lebenden Menschen gegenüber gefordert.⁵ Grundlage dafür bietet der Bericht, der auf Initiative der deutschen und französischen Regierungen erstellt worden ist. Die politische und gesellschaftliche Verantwortung verlangen, den Kampf gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Europäische Gewerkschaftsbund und alle seine Mitgliedsorganisationen werden alles tun, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Arbeitslosigkeit bekämpfen bedeutet u. a. vor allem eine Verbesserung und Verstärkung von schulischer und beruflicher Bildung und gezielte Maßnahmen zur Förderung junger Arbeitsloser und zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsprozeß. Es ist auch deshalb notwendig, leistungsstarke Berufsbildungssysteme in allen europäischen Mitgliedsstaaten zu schaffen, was die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten voraussetzt, ihre berufliche Bildung in unterschiedlichen Systemen auch unter Berücksichtigung gemeinsamer Empfehlungen auszubauen. Das schließt eine Weiterentwicklung des deutschen Systems beruflicher Qualifizierung in einem zusammenwachsenden Europa und eine qualifizierte berufliche Ausbildung für ausländische Jugendliche mit ein.

In Deutschland gilt aber auch nach wie vor: Es ist Zeit, zu widerstehen . . . gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Nur so kann Gewalt überwunden und Frieden gestaltet werden.

Anmerkungen:

¹ Vgl. DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): *Bunt wie das Leben. Es ist Zeit zu widerstehen . . . – Beispiele gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.* Düsseldorf, 1993

² Heitmeyer, W.: *Rechtsextremismus – warum handeln Menschen gegen ihre eigenen Interessen?* Köln, 1991

³ Vgl. *Petrol-Chemie und Kraftstoffe AG, Schwedt/Oder*

⁴ *Deutsche Stellungnahme zum Memorandum zur Beruflichen Bildung der Europäischen Kommission, BMBW, Bonn, 1993*

⁵ *Düsseldorfer Manifest – Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbundes zur Tagung des Europäischen Rates am 9./10. Oktober 1994 in Essen*